

# ...aus christlicher und sozialer Ethik betrachtet: Links, rechts, oben, unten, vorne, hinten.

[Nach einer Veröffentlichung am 28.09.2017 von „Der konservative Rebell“](#)

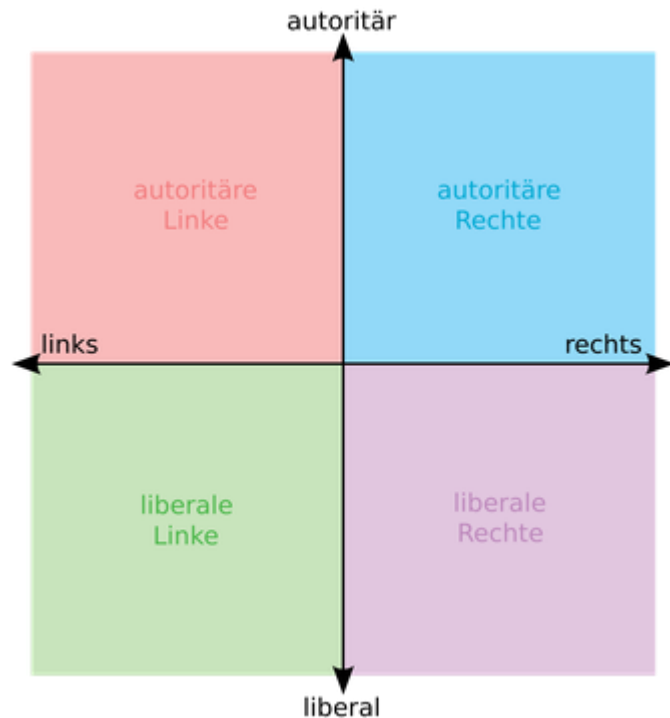
(Teil 1)

## **Keimzelle des Staates: die Familie**

Die traditionellen politischen Einteilungen in *links* und *rechts* haben immer schon Schwächen gehabt, weil man damit die komplexe und mehrdimensionale Materie namens Politik nur eindimensional abbilden kann. Es gibt Linke, die sind im Habitus so stockkonservativ wie die borniertesten Reaktionäre und es gibt lockere Rechte, die für Progressivität bürgen und denen das soziale Gefüge mehr am Herzen liegt als alles andere.

### **Der Kompass bleibt**

Und doch sind diese bewährten Kategorien die grundsätzlichen und fundamentalen. Die Wasserscheide zwischen *links* und *rechts* verläuft entlang einiger weniger, aber unverhandelbarer Kriterien.



Es geht dabei um die Familie, die Staatsfinanzierung, die persönliche Verantwortung und das Leistungsprinzip sowie die Subsidiarität. Zu klären sind diese Standortbestimmungen mit einigen einfachen Fragen:

- Wie steht man politisch zur Familie?
- Wie wichtig ist einem die heteronormative Situation mit Vater, Mutter, Kindern?
- Soll der Staat die Familien mit Transfers fördern?
- Wie hält man es mit der Umverteilung?
- Wie sehr soll der Staat seine Bürger besteuern?
- Soll es staatliche Gesundheits- und Pflegesysteme geben?
- Soll grundsätzlich der Einzelne oder das Kollektiv die Verantwortung tragen?
- Ist die Nation der zentrale Lebensraum oder sollen Nationen verschwinden - zugunsten eines Superstaates?

Man sieht bereits an diesen wenigen Fragen, dass klare Antworten oft gar nicht so einfach sind, weil z.B. die Auswirkung eines demokratischen "Neins zur Umverteilung" einen Staat völlig anders konfigurieren würde als das Bekenntnis zu derselben.

Doch beginnen wir mit der Keimzelle des Staates, der Familie. Das Bekenntnis zur traditionellen Familie ist staatsprägend. In Gesellschaften, in denen die Familie mit Kindern einen hohen Stellenwert hat, wird der Staatsapparat naturgemäß wenig zu vermehren und nur geringen Zugriff auf die Bürger haben. Die Bürger sind durch die familiären Strukturen gut vernetzt und gut gestärkt. Die Familie bietet einen natürlichen Schutz vor einem Staat, der sich überall einmischen will.

### **Institutionelle Kinderbetreuung ist links**

Wenn der Staat aber Kinderbetreuungseinrichtungen forciert und die Idealisierung der berufstätigen Frau zuungunsten der Mutterschaft vorantreibt, dann kann die Situation kippen. Kinder werden dadurch schon in der frühesten Lebensphase in institutionelle Strukturen verbracht und dort dem Staatsgefüge einverleibt. Staatliche Strukturen gewinnen Macht und Einfluss, die Familienbande werden geschwächt.

Diese Tatsachen werden bei der allgemein akklamierten Verbreitung von Kinderbetreuungseinrichtungen nie thematisiert - aber diese Institutionen sind die Verdinglichung zutiefst linker Phänomene: Der Staat soll sich um die Kinder kümmern, die Familie soll zerstört werden. Um nichts anderes geht es dabei unterm Strich.

Man sieht heute einen Staat aber kaum als linksorientiert an, wenn er die jungen Mütter möglichst bald wieder in die Arbeit eingliedert und die Kinder von ihm annektiert werden, sondern dieser Staat wird als modern, vorne mit dabei und progressiv erlebt. So kann es sein, dass man sich sehr modern vorkommt, wenn man diese Dinge unterstützt und schnell ein paar Frauenrechte vorschiebt, aber in Wirklichkeit folgt man der familienzersetzenden Ideologie eines Karl Marx und bemerkt es gar nicht. Dieses im Kern falsche Gesellschaftsbild wird von den Medien fleißig mitgeprägt, weil die "*Befreiung der Frau*" überall das oberste Ziel ist. (Von was soll diese Frau eigentlich befreit werden? Von ihren Kindern?)

Aber bleiben wir fair: Natürlich ist es auch der nachvollziehbare Wunsch vieler Frauen mit Ausbildung, (wieder) in den Beruf einzusteigen, das soll gar nicht schlecht geredet werden. Man muss halt immer dazusagen, was diese Wünsche und Änderungen der weiblichen Rolle grundsätzlich bedeuten und langfristig bewirken können.

### **Gar nicht so ideal**

Dass die zunehmende Drift der weiblichen Lebenswelten nach links keine besonders fruchtbare Situation hergestellt hat, wissen wir längst. Wo Kinderkriegen als Manko und Hindernis am Weg zur Topkarriere und zur Freiheit angesehen wird, fällt der Entschluss zur Fortpflanzung eben erst spät oder gar nicht.

Das paradoxe und destruktive Endergebnis dieses Wandels folgt auf dem Fuß: Das Familienjoch wurde mit dem Arbeitsjoch getauscht und wenn man Pech (nämlich doch einmal Kinder) hat und berufstätig ist, dann hat man beides am Hals. Unter Umständen kommt bei kinderlos Berufstätigen noch eine Torschlusspanik hinzu, die Frauen mit Mitte Dreißig erfasst, weil die biologische Uhr tickt. So toll ist das linke Dasein also gar nicht. Das will man uns nur einreden, um die Zerstörung der Familie unter dem Deckmantel der Befreiung der Frau etablieren zu können.

## Die Frage der Umverteilung

### (Teil 2)

[Veröffentlicht am 30.09.2017](#)

Heute geht es um die Umverteilung und um die Frage, ob diese überhaupt fair sein kann. Daran scheiden sich die Geister von links und rechts seit jeher. Der Zugang zu diesem staatsprägenden Instrument ist daher ein weltanschaulich entscheidender.

#### Aquin gegen Proudhon

"**Steuern sind legalisierter Raub**" sagte der große Theologe und christliche Rechtsphilosoph *Thomas von Aquin* bereits im 13. Jahrhundert. An diesem Grundsatz hat sich nichts geändert. Ihm gegenüber steht der von *Pierre-Joseph Proudhon*, einem berühmten französischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts, geprägte Ausspruch "**Eigentum ist Diebstahl**".



Entlang dieser beiden Ansichten verläuft die Argumentationslinie zwischen links und rechts, sie geben die äußersten Positionen der bürgerlich-konservativen und wirtschaftsliberalen Weltanschauung und der linken, kollektivistischen, umverteilenden Sicht der Dinge wieder. Ob man will oder nicht, Thomas von Aquin ist natürlich prinzipiell im Recht. Die Abgaben an den Staat werden durch offizielle Körperschaften verordnet, per Gesetz festgeschrieben und erhalten dadurch ihre Legitimität, das ändert aber nichts an ihrem räuberischen Charakter. Wer sich durch seine eigene Kraft etwas erwirtschaftet, wird von den staatlichen Institutionen, denen er selber als Bürger angehört und die ihn eigentlich vertreten sollen, zur Steuer- und Abgabenleistung verpflichtet und muss große Teile seines Einkommens wieder abliefern.

#### Der Raub wird legitimiert

Die Rechtfertigungen für die Instrumente namens Steuern und Sozialabgaben sind vielfältig und viele Bürger nehmen die Abgabenlast als quasi naturgegeben hin, weil sie scheinbar notwendig sind, um einen funktionierenden Staat zu erhalten. Ist das aber wirklich so? Müssen die Staatsbürger große Teile ihres erwirtschafteten Geldes an die Allgemeinheit abliefern? Und wenn wir davon ausgehen, dass jede Gemeinschaft als Bedingung regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder braucht, um existieren zu können, wie hoch wäre dann ein fairer Anteil? Wie hoch soll der "Klubbeitrag" des Bürgers für den "Verein Staat" sein, damit er noch zumutbar erscheint und er Verein bestehen kann, ohne zu zerbröseln?

#### Der Zehent

Wenn wir heute Geschichte lernen, hören wir immer den Satz vom "Zehent, der im Mittelalter den Bauern abgepresst wurde" - und finden das schlimm, weil den armen Bauern damit Unrecht angetan wurde, so lautet zumindest die offizielle Lesart. Wir

selber als Leistungsbürger müssen heute an die 50% unseres Einkommens an den Staat abgeben, unterliegen dem fragwürdigen Phänomen der Steuerprogression - und den linken Umverteilungsfanatikern ist dieses immer noch nicht genug.

### **Am Ende steht linker Zynismus**

Die Linken in allen Parteien erfinden getreu dem oben zitierten *Proudhon'schen Grundsatz* ständig neue Formen der Abgaben, um an das Privateigentum heranzukommen und wollen natürlich nicht nur auf das Einkommen, sondern auch auf das Bestandsvermögen der Bürger zugreifen. Wie haarsträubend die Situation geworden ist, zeigt uns der erwähnte Vergleich: Im Mittelalter zahlte der Bauer 10% Abgaben und heute muss der Bürger fast 50% seines sauer verdienten Geldes abliefern. Das ist absurd, auch wenn ständig mit dem sozialen Frieden und der Ausdifferenzierung der sozialen Sicherheit, den Kosten für Bildung und Gesundheitsversorgung usw. argumentiert wird.

Die Gegenfrage lautet immer: Warum hören wir trotz der enormen Abgabenlast soviel von der neuen Armut? Und warum lesen wir ständig davon, dass diese Armut sogar dauernd zunähme? Warum mehren sich die Klagen über das Prekariat? Wieso heulen uns die NGOs die Ohren voll, wieviel Elend es in unserer Nation gibt, wo doch die Leistungsbürger schon die Hälfte ihres Geldes an den Sozialstaat abliefern?

Und, wichtigste Frage: Wenn das alles so triste und furchtbar ist, warum haben wir dann plötzlich trotzdem Ressourcen in rauen Mengen zur Verfügung, um Hunderttausende mittellose Immigranten zu finanzieren? Welcher beispiellose linke Zynismus gegenüber einheimischen Armen wird hier an den Tag gelegt?

### **Die Hemmung der Produktivität**

Doch zurück zum Grundsätzlichen. Es ist mehr als zweifelhaft, dass eine hohe Abgabequote und eine forcierte Umverteilung den Wohlstand einer Nation sichern. Eher das Gegenteil ist der Fall. Produktivität und Anreiz werden gesteigert, wenn es Steuerreduktionen gibt und dem Einzelnen mehr für seine erbrachte Leistung bleibt.

### **Das Gleichheitsprinzip als Verachtung**

Hinter dem Umverteilungs-Dogma steckt ja auch die ursozialistische Gleichheitsphilosophie, die in ihrem rein materialistischen Zugang zur Welt davon ausgeht, dass man den Habenden immer etwas wegnehmen muss, um es den weniger Habenden zu geben. Im Grunde ist das eine verächtliche Sicht auf den Menschen. Nicht seine eigene Leistungsfähigkeit, Verantwortung und Personalität wird gefördert, sondern seine Entmündigung, sein Verlust an Kompetenz und seine Verkümmern als Individuum. Der Staat wird als die lebenserhaltende Maschine der vielen Schlechtweggekommenen angesehen und Schwachheit und Abhängigkeit werden zu einer sakrosankten, aber völlig degenerierten Tugend umgemünzt. Und den existenzsichernden Apparat müssen wiederum die Fleißigen am Leben erhalten.

### **Ein Augias-Stall**

Es gibt immer wieder politische Bestrebungen, die Umverteilung grundsätzlich in Frage zu stellen bzw. die Abgabenlast zu reduzieren. Weil aber der Wohlfahrtsstaat bereits

zu einem so ungeheuren und verfilzten Moloch geworden ist, gestaltet sich dieses Vorhaben als eine wahrhaftige Herkules-Aufgabe. Der Augias-Stall muss ausgemistet werden, aber die Verwicklungen und Vernetzungen so vieler Bürger und Institutionen in den Moloch sind so intensiv, dass niemand genau weiß, wo man anfangen soll.

Wo immer man in diesem Mikado-Spiel ein Stäbchen in die Hand nimmt, beginnt eine Lobby zu krakeelen, denn eben weil die Abgabenlast so riesig ist, hat sich auf der anderen Seite irgendwie ein jeder seinen kleinen legalen Sozialtransfer oder seine gesetzliche Steuererleichterung gesichert. Alle politischen Ankündigungen, dass es Steuersenkungen und dergleichen geben wird, sind also vermutlich das, was sie derzeit sind: nur Wahlversprechen.

### **Transformation des Grundsätzlichen**

An eine grundsätzliche Änderung der Verhältnisse ist nur zu denken, wenn man sie von Grund auf ändert. Und dafür ist kein Regierungswechsel ausreichend, sondern eine Transformation des gesamten politischen Systems, das dann kein Wohlfahrts- und Sozialstaat mehr sein kann, sondern eine Nation von freien Bürgern, die sich in erster Linie auf sich selbst und ihre Familien verlassen und ihr Leben selber in die Hand nehmen müssen. Ein solcher Staat würde vermutlich wieder mit der Abgabe des Zehents auskommen.